

Symptome des Übermuts: SRF-Aushängeschilder Barbara Lütli, Franz Fischlin, Nathalie Wappler, Sandro Brotz, Patrizia Laeri (v. l.)

Oberlehrer der Nation

Das rot-grüne Schweizer Umerziehungsfernsehen ist ein Ärgernis. Höchste Zeit, die eingetriebenen Steuermilliarden zu hinterfragen.

Christoph Mörgeli

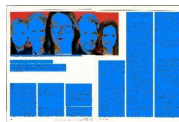
Es war die knappste eidgenössische Volksabstimmung aller Zeiten: Am 14. Juni 2015 nahmen die Stimmbürger die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes mit nur gerade 3649 Stimmen Unterschied an. In der deutschen Schweiz stimmten lediglich die Kantone Graubünden (mit seinen rätoromanischen Sendern) und Basel-Stadt (mit linker Mehrheit) zu. Der Schock im Establishment sass tief, hatten doch fast alle Parteien und selbst der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse der Einführung einer geräteunabhängigen Zwangsgebühr zugestimmt. Diese wurde vom Bundesgericht als Steuer beurteilt; dabei handelt es sich allerdings um die einzige Steuer ohne Verfassungsrang, so dass der Bundesrat deren Höhe allein festlegen darf.

In den Monaten nach diesem Donnerschlag gab sich die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) auffallend selbstkritisch, streckenweise gar zerknirscht. Man sprach nun plötzlich von staatspolitischer Verantwortung,

Sparsamkeit und Verzicht. Doch die extreme «No Billag»-Initiative von 2018 machte diese nachdenkliche Stimmung beim Monopolmedium mit einem Schlag zunichte. 71,6 Prozent des Stimmvolks und sämtliche Kantone beurteilten die vollständige Zerschlagung der

Die Zeitgeistthemen Feminismus, Klimawandel und Opferideologie wurden zu Leitplanken.

öffentlich-rechtlichen Sender als falsch. Von diesem unerwarteten deutlichen Ergebnis bezaubert, fiel die SRG zurück ins selbstgefällige, überhebliche Fahrwasser. Zwar lauteten die offiziellen Grundsätze zur Programmarbeit weiterhin «sachgerecht, vielfältig und unabhängig». Vor allem in der Deutschschweiz wurde indessen die Färbung der politischen Sendungen von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) immer linkslastiger, einseitiger



und abhängiger: nämlich von Einflüsterern des rot-grünen Lagers. Die Zeitgeistthemen Feminismus, Klimawandel, Internationalismus, Opferideologie und Ausbau des Sozialstaates wurden zu Leitplanken, denen die journalistische Tätigkeit mittlerweile zwangsläufig folgen muss. Wer nicht spürt, den spuckt das System früher oder später aus.

Hemmungslos greifen sie in die Kasse

Bezeichnendes Symptom von Arroganz und Übermut sind die Löhne und Boni, die sich die SRG-Kader auszahlen lassen. Im Gegensatz zur sonst herrschenden Ideologie frönen sie diesbezüglich durchaus kapitalistischen Vorstellungen. Generaldirektor Gilles Marchand kassiert trotz Defizitwirtschaft einen Lohn von 533 000 Franken. Die SRF-Direktorin Nathalie Wappler, deren Gestaltungskraft kaum spürbar ist, bezieht mit 450 000 Franken das Gehalt eines Bundesrats. Ihre schlagzeilenträchtigste Managementleistung besteht darin, dass sich der Newsroom noch einmal bis ins nächste Jahr verzögert und die Reparaturen pro Monat 400 000 Franken kosten.

Staatstrauer beim Rahmenabkommen

Seit die *Weltwoche* den prononcierten Linkskurs von Schweizer Radio und Fernsehen thematisiert hat (Nr. 7/21), ist alles nur noch schlimmer geworden. Statt sich über das satte Doppelgehalt zu freuen, das sich dank Ehefrau Susanne Wille summiert – sie allein bezieht als Mitglied der SRF-Geschäftsleitung 390 000 Franken –, macht Moderator Franz Fischlin in der «Tagesschau» auf Weltuntergang. Er kritisierte den Abbruch der Verhandlungen über das EU-Rahmenabkommen mit Leichenbittermiche als «Führungsschwäche» des Bundesrats und spekulierte über die «schwerwiegenden Folgen» dieses souveränen Souveränitätsentscheids. Von Chancen, Vorteilen oder Perspektiven war nirgendwo die Rede. Auch die «News» von Radio SRF dramatisierten das drohende «Ende des bilateralen Wegs», und EU-Korrespondent Michael Rauchenstein konstatierte atemlos «grosses Unverständnis» in Brüssel.

Die Sendung «Echo der Zeit» bilanzierte: «Nun steht man vor dem Scherbenhaufen.» Damit habe sich die Schweiz «von Europa entfernt»; auch mit der Kohäsionsmilliarde werde man «Brüssel nicht zufriedenstellen». Einzig SRF-Bundeshauschef Philipp Burkhardt bewahrte in diesem Panikorchester seine gewohnte Sachlichkeit.

Das Fass zum Überlaufen brachte für die SVP die Fernsehsendung «Club». Dort blieb die Volkspartei aussen vor, obwohl sie das Rahmenabkommen als einzige politische Kraft von Anfang an bekämpft hatte. Die Tatsache, dass die Kritik der SVP breit aufgegriffen wurde, zeugt davon, dass den übrigen Medien der SRF-Linksdrall nicht verborgen geblieben ist. In jenen ominösen «Club» geladen war ein zeternder EU-Beitrittsbefürworter und lebenslanger Staatsdiener, seine freisinnige Schwester im Geiste, ein zugeschalteter süddeutscher EU-Statthalter und als angebliche Gegnerin des Rahmenvertrags die unvermeidliche Jacqueline Badran (SP), die mittlerweile gewissermassen den Status einer ständigen SRF-Mitarbeiterin genießt. Moderatorin Barbara Lüthi beherrschte neben ihrer unverhohlenen Voreingenommenheit nicht einmal das journalistische Handwerk. So liess sie Badrans absurde Behauptung durchgehen, in der SP herrsche europapolitisch keine Zerreißprobe und sämtliche Sozialdemokraten kämpften für den Lohnschutz. Dabei sind sich die Genossen Eric Nussbaumer und Pierre-Yves Maillard in der Europafrage so ähnlich wie Nordpol und Sahara. Gesprächsleiterin Lüthi stellte Alfred Gantner eingangs als Wirtschaftsvertreter vor, der «ein riesiges Vermögen erarbeitet» habe – was im Leutschenbach keineswegs positiv gemeint ist. Und sie verspürte das Bedürfnis, den einzigen wirklichen Gegner des Rahmenvertrags jederzeit in die Schranken zu weisen: «Also, Herr Gantner, wir sind fair!»

Von noch beeindruckenderer Inkompetenz zeugte die Sendung «Frauen und Medien», die Patrizia Laeri für SRF und 3sat moderiert hat. Die Machart des Hallelujas für das «Medien-



opfer» Jolanda Spiess-Hegglin wurde selbst von der SPD-nahen *Frankfurter Rundschau* gnadenlos verrissen: Die Autorinnen hätten lediglich Interviews abgespult, «statt eigene Recherchen zu präsentieren». Das Blatt sprach von «Belanglosigkeiten, die nicht in eine Reportage gehören», und ortete gar Verstösse «gegen das journalistische Neutralitätsgebot». In einer «fragwürdigen Vermischung» spielte Laeri gleichzeitig auch Protagonistin und zeige sogar «Privates» wie ihre Malerei und ihre Kinder. Auch offenbarte sich die heutige Gattin eines Investmentbankers an der Goldküste als einstiges Opfer sexueller Übergriffe. Ein kritisches Interview über Spiess-Hegglin mit Michèle Binswanger vom *Tages-Anzeiger* wurde zwar aufgezeichnet, aber vor der Ausstrahlung unterdrückt.

Als nachträgliches Opfer inszenierte sich auch «Arena»-Moderator Sandro Brotz. Er hatte als angeblich unparteiischer Dompueur die Gegner der bundesrätlichen Corona-Massnahmen auf Twitter als «Flat Earther» und damit pauschal als Verschwörungstheoretiker beschimpft. Die Reaktionen auf den sozialen Netzwerken liessen nicht auf sich warten, worauf sich Brotz wegen «zu viel Hass» beleidigt aus den sozialen Medien zurückzog – wenn auch nur vorübergehend. Als der lautstarke Parteigänger der Regierungslinie eine «Abstimmungs-Arena» über das Covid-Gesetz moderieren musste, war seine Glaubwürdigkeit entsprechend angeschlagen.

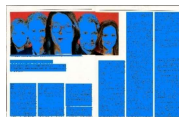
«Sonst gebe ich das Wort Frau Gössi!»

Die «Rundschau» präsentierte ausgerechnet bei massiv zurückgehenden Covid-Ansteckungszahlen eine Sendung über die «Pflege am Limit». Die Intensivstationen seien ein «Ort zwischen Leben und Tod»; gleichzeitig berichteten die anderen Medien über die ers-

Als nachträgliches Opfer inszenierte sich auch «Arena»-Moderator Sandro Brotz.

ten Tage ohne Covid-Tote. Rein zufällig lag diese «Rundschau» kurz vor der ständerätlichen Debatte über die «Pflegethemen». Als todesmutigen Helden inmitten bäuerlicher Anfeindungen wegen der Agrarinitiativen liess man den Grünen Kilian Baumann hochleben. Hingegen musste sich die traditionelle landwirtschaftliche Presse für die aufgeheizte Stimmung vor den Agrarinitiativen verantworten: «Sind die Zeitungen Teil des Problems?» Im Rahmen eines hymnischen Porträts über die Kanzlerkandidatin («Dieses Jahr reden alle von Grün») gegen «machtverwöhnte Konservative» schwärmte ein Anhänger: «Wir sind alle verliebt in Annalena Baerbock.» Bei der gegnerischen Partei witterte die «Rundschau» hingegen einen «Männerbund, wie er typisch ist in der CDU». Dafür berichtete die Sendung herzerweichend über einen abgewiesenen iranischen Asylbewerber, der unser Land schon vor drei Jahren hätte verlassen müssen.

«10 vor 10» stellte bei der Ablehnung des EU-Rahmenvertrags durch die «unnachgiebigen» Gewerkschaften die Frage in den Raum: «Haben sie sich damit selbst geschadet?» Die Zuschauer durchlitten in diesem Spätformat während kühl-verregener Monate eine «extreme Dürre», denn wenigstens «in Kalifornien herrscht Wassermangel». Dies trotz «Chinas erster Klimaaktivistin», trotz dem bevorstehenden CO₂-Gesetz und einer Jugend, die klimapolitisch ihr «Recht auf eine Zukunft» einfordere. Ausgerechnet Arthur Honnegger – einst verbissenster Krieger im SRF-Heerlager gegen Donald Trump – moderierte die Würdigung von hundert Tagen Joe Biden. **Im Schweizer Radio treiben es die Linksideologen womöglich noch bunter. Selbst der neuerdings eingemittete Mitte-Präsident Gerhard Pfister kritisierte die parteiische Korrespondentin: «Eine sichtlich enttäuschte Bettina Ramseier kommentiert den Wahlsieg der CDU in Sachsen-Anhalt auf SRF News.» Im «Tagesgespräch» über das CO₂-Gesetz verbiss sich Moderatorin Priscilla Imboden rettungslos in SVP-Nationalrat Christian Imark, der**



die gegnerische Seite vertrat. Die Co-Präsidentin des linken Schweizer Syndikats Medienschaffender (SSM) verteidigte die prophetischen Zahlen des Departements von Simonetta Sommaruga (SP) gegenüber Imark wie eine Löwin («Es ist nachvollziehbar», «Das ist eine Unterstellung»). Schliesslich putzte die rabiante Gewerkschafterin Imboden den gewählten Volksvertreter ab wie einen Schulbuben: «Beantworten Sie jetzt meine Frage, sonst gebe ich das Wort Frau Gössli»

Leiten, führen, umerziehen

Laut «Freitagsrunde» hat der Bundesrat bei den Waffenexporten «den Goodwill verspielt». Zum geplatzten Rahmenabkommen lautete der Kommentar: «Wir werden mit Nachteilen rechnen müssen.» Das «Echo der Zeit» war schon früher die erklärte Lieblingssendung von alt Bundesrat Moritz Leuenberger (SP). Kein Wunder, die Sendung begeisterte sich über das «erste Flüchtlingsparlament», wobei sich die vorgestellte Flüchtlingsparlamentarierin aus Sri Lanka beharrlich über ihre Fluchtgründe ausschwig, dafür mit Forderungen nach psychologischer Betreuung und Familiennachzug (inklusive volljähriger Kinder) nicht zurückhielt. Bemängelt wurde auch der Umstand, dass es in der Schweizer Politik zu wenig Menschen mit Behinderung gebe. Dafür rügte eine in Bern tätige forsche Forscherin aus Deutschland, dass hierzulande der Pestizideinsatz «weit über dem weltweiten Durchschnitt» liege. Es bestehe – so schmetterte Radio SRF kurz vor der Volksinitiative laut ins Land – «dringend Handlungsbedarf».

Die Themenauswahl von «Rendez-vous am Mittag» ist chronisch einseitig. Letzte Woche ging es in einer Sendung nacheinander um Kriegsmaterialexporte, Stickoxidwerte in Deutschland («die in unseren Atemwegen und unseren Lungen Schaden anrichten»), die traurige Bilanz der rechten Politik in Israel («Wie konnte es eigentlich so weit kommen, dass Benjamin Netanjahu immer wieder gewählt worden ist?») und schliesslich um die Versorgung mit Alternativenergie, wobei wir gut daran

täten, die Windturbinen dem Umweltschutz vorzuziehen.

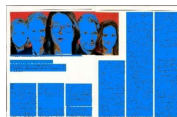
Hätten die Journalisten von Schweizer Radio und Fernsehen das Sagen, wäre die Schweiz längst Mitglied der Europäischen Union. Die urbane Bevölkerung der fortschrittlichen Städte würde wie ehemals über die zurückgebliebene Landschaft herrschen. Die SP und die Grünen führten das Regiment in Regierungen und Parlamenten, die Bürgerlichen wären als bedauernswertes, belächeltes Splittergrüppchen höchstens noch geeignet, um als schlechtes Beispiel zu dienen. Der Staat hätte das unbestrittene Primat über die Wirtschaft, noch höher stünden nur Entwicklungshelfende, Klimastreikende, Gender-Polizistinnen («SRF

Beim satten Linksdrall der Staatsmedien geht es nicht bloss um ein gefühltes Problem.

Dok» ist eine weitgehend männerfreie Zone) und die grenzüberschreitende Verbrüderung («SRF Dok»: «Die Liebe kennt keinen Pass»). Eine noch üppiger steuerfinanzierte Medienlandschaft mit dem rot-grünen Flaggschiff SRF würde die Bevölkerung nicht einfach informieren, sondern fürsorglich leiten, führen und erziehen.

Beim satten Linksdrall der elektronischen Staatsmedien geht es nicht einfach um ein bloss gefühltes Problem. Eine vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützte Studie hat ergeben, dass sich siebzig Prozent der Radio- und Fernsehjournalisten der SRG selber als «politisch links» bezeichnen. Doch steht zu befürchten, dass manche von ihnen ihr linkes Weltbild als gemässigt beurteilen und sich in der «Mitte» wähnen. Bei den siebzig Prozent SRG-Linken sind die Mitarbeiter der Sparten Sport und Unterhaltung mitgezählt; ansonsten wäre wohl ein noch weit grösseres linkes Übergewicht herausgekommen.

Wer sich bei der Ombudsstelle SRG Deutschschweiz beschweren möchte, dürfte nicht weit



kommen. Allfällige Eingaben nehmen der SP-Genosse Kurt Schöbi und Esther Girsberger entgegen, Letztere eine Vertreterin des Linksfreisinns und Biografin der von ihr bewunderten Eveline Widmer-Schlumpf. Sollten sich die Beschwerdeführer nicht einverstanden erklären, dürfen sie ihr Anliegen ähnlich erfolglos an die Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) weiterleiten. Diese präsidieren Mascha Santschi Kalay (Die Mitte/CVP) und Vize Catherine Müller (parteilos), die unter anderem als Yogalehrerin amtiert. Der neunköpfige SRG-Verwaltungsrat ist zugleich Vereinsvorstand. Jedes andere Gremium, das über die Verwendung von Steuergeldern befindet, ist hierzulande nach Parteiproporz zusammengesetzt. Doch bei der SRG beansprucht Die Mitte/CVP mit 11,4 Prozent Wähleranteil nebst dem Präsidium (Jean-Michel Cina) ein volles Drittel der Sitze. Die FDP ergatterte sich immerhin noch zwei Verwaltungsratsmandate, während die wählerstärkeren SVP und SP mit je einem abgefertigt wurden.

Namens der SVP-Leitung hat jetzt Nationalrat Thomas Matter angekündigt, seine Partei wolle die SRG-Zwangsabgaben auf maximal 200 Franken pro Jahr beschränken und die Unternehmen ganz davon befreien. Dies hätte für die SRG ungefähr eine Halbierung der Gebühreneinnahmen zur Folge. Der Anteil für die privaten Sender am Gebührenkuchen bliebe unverändert. Auch sollten die Organe der SRG und die politischen Redaktionen der Sender die politischen Überzeugungen in der Bevölkerung besser abbilden.

5537 Vollzeitstellen

Zur Diskussion steht aber in absehbarer Zeit wohl die gesamte Organisation von Schweizer Radio und Fernsehen. Die heutige SRG-Struktur mit Vereinsmitgliedern und Vereinsorganen ist angesichts eines Betriebsaufwands von 1,46 Milliarden Franken, 5537 Vollzeitstellen und einer umfassenden Bundeskonzession für den Service public nicht mehr zeitgemäss. Sowohl die Aufsichtsbehörde wie die Geschäftsleitung und die Kontrollorgane bedürfen dringend einer Modernisierung. Auch müssten die heuti-

gen Löhne der SRG-Leitung, des Managements und der Mitarbeiter von Schweizer Radio und Fernsehen angesichts des fehlenden unternehmerischen Risikos deutlich reduziert werden. Ob dies am Rot-Grün-Kurs unserer elektronischen Monopolmedien etwas ändern würde, bliebe abzuwarten. Sicher ist: Sobald es mit dem rechten Abkassieren vorbei wäre, würde das linke Denken und Reden jedenfalls an Glaubwürdigkeit gewinnen.